

## UHW verzichtet auf Spendensiegel

In einer großen Berliner Tageszeitung wurde vor einiger Zeit wieder über das „Spendensiegel“ berichtet, das vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) erteilt wird. Es ist nicht das erste Mal, dass die Medien das Spendensiegel des DZI oder anderer Einrichtungen ihren Lesern schmackhaft machen möchten. Allerdings wird in allen Berichterstattungen nicht erwähnt, dass die Erteilung des Siegels, das nur für einen begrenzten Zeitraum gilt, mit erheblichen Kosten verbunden ist. Deshalb haben Landesvorstand und Geschäftsführung des Unionhilfswerkes (UHW) bereits vor längerer Zeit beschlossen, kein Spendensiegel zu beantragen, sondern mit den dafür notwendigen Geldmitteln soziale Projekte zu fördern beziehungsweise zu unterstützen. In seiner über 50-jährigen Geschichte hat das UHW nach der Devise „Helfen - wo Hilfe gebraucht wird“ transparent gearbeitet. Alle Spender und Sponsoren konnten und können sich von der effektiven Arbeit des CDU-nahen Sozialverbandes überzeugen. Daher sind auf diesem Wege alle Leserinnen und Leser aufgerufen, das Unionhilfswerk zu unterstützen. Weitere Informationen unter (0 30) 4 22 65-7 20 und im Internet unter [www.uhw-berlin.de](http://www.uhw-berlin.de).

## „Die Wut wächst“

Aua - das tut weh: Kein Geringerer als Oskar Lafontaine, vormals Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), bezeichnet in seinem neuesten Buch die führenden Köpfe der Republik als „Trottel“ mit viel „Opportunismus“ und großer „Orientierungslosigkeit“. Verantwortlich für Lafontaines Lamento ist der Kanzler höchstselbst. Immerhin war dieser im 98-er Wahlkampf mit den Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen Abbau der Arbeitslosigkeit angetreten. Ohne Erfolg: Nach wie vor sind offiziell vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Und Deutschland ist Wachstumsschlusslicht in der EU. Das Einzige was wächst, ist laut Lafontaine die Wut.

## Das Finale im Visier

Folgt man den Erwartungen von Paul Breitner und Deutschland schafft die Vorrunde der Fußball - WM, ginge es im Achtelfinale wohl gegen Paraguay, was als lösbar anzusehen ist. Dann allerdings wartet aller Voraussicht nach das ewig junge Duell mit der „Squadra Azzurra“, die von dem in Deutschland sehr beliebten Trapattoni trainiert wird. Wer in diesem Spiel nicht „wie Flasche leer“, sondern als Sieger vom Platz geht, muss längst nicht „fertig haben“. Sollte sich das sprichwörtliche „Siegertum“ der Bayern-Spieler in der deutschen Mannschaft auf den Neubayer Ballack übertragen, ist alles möglich, auch das Erreichen des Halbfinals, des Endspiels und der Weltmeisterschaft; sollte das nicht klappen würden sich bestimmt selbst die Leverkusener Spieler über einen erneuten zweiten Platz freuen.

WWW.  
BERLINERRUNDSCHAU  
.DE

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und  
Werbegesellschaft mbH (bpi),  
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin  
Telefon: 030/20 64 16 0 · Telefax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR  
Matthias Wambach

LAYOUT UND SATZ  
Steffen Boettcher

REDAKTION  
Barbara Eitel, Marco Hardt, Gerhard Jäger,  
Peter Kamphausen, Horst Kauffmann, Dirk Reitze

ANZEIGEN  
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG  
Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 - BLZ 100 700 00

DRUCK UND BELICHTUNG  
Union Druckerei Berlin GmbH  
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb unser geschätzter langjähriger Chefredakteur der Berliner Rundschau, Winfried Tromp, den wir sehr vermissen werden. Dass der ehemalige Politiker und Journalist parteiübergreifend geschätzt und geachtet wurde, belegen auch die Gedenkworte des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, aus der Plenarsitzung am 16. Mai 2002.

„Bevor wir unsere Beratungen beginnen, möchte ich mit Ihnen eines ehemaligen Kollegen gedenken. Im Alter von 63 Jahren ist am 18. April 2002 Winfried Tromp nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Winfried Tromp wurde am 12. März 1967 erstmals in das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt und gehörte ihm bis zum Mai 1975 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Sein Arbeitsschwerpunkt im Parlament lag vor allem im Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen. Im Jahre 1975 wählte ihn die Bezirksverordnetenversammlung Wedding zum Mitglied des Bezirksamtes. Winfried Tromp war über Studienfreunde an der Freien Universität zur Politik gekommen, die ihn fortan nicht mehr loslassen

sollte. Er war Anfang der sechziger Jahre Studentensprecher im Akademischen Senat und Vorsitzender des Konvents der FU-Berlin. Hinzu kam 1968 eine zweijährige Tätigkeit als Geschäftsführer des „Demokratischen Klubs“. Von 1968 bis 1969 leitete er den Ring Politischer Jugend. Schon früh engagierte er sich in der politischen Bildungsarbeit und als Journalist. Lange Jahre war er als Pressesprecher der Berliner CDU tätig und arbeitete seit 1970 bei der „Berliner Rundschau“, in den letzten



In memoriam Winfried Tromp

Jahren als ihr Chefredakteur. Ebenso galt sein Engagement dem Verein Hertha BSC, dessen Vorstand er einige Jahre angehörte. Winfried Tromp, der Höhen erleben durfte, aber auch Tiefen in seinem Leben überwinden musste, war jemand, den man selten vergebens um Hilfe bat und der sich für die Belange anderer einsetzte. Er war ein Mann, der aus tiefer innerer Überzeugung nicht nur seiner Partei gedient, sondern sich für unser demokratisches Gemeinwesen eingesetzt hat.“

Wir trauern um Winfried Tromp und gedenken seiner mit Hochachtung.

### INTERVIEW MIT PROF. HARTWIG PIEPENBROCK

## „Welcome, Mr. President“

Prof. Hartwig Piepenbrock brachte es vom Gebäudereinigermeister mit 15 Beschäftigten zum Großunternehmer mit knapp 25 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 400 Millionen Euro. Zum Besuch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush startete er eine Anzeigenkampagne „Welcome, Mr. President!“.

Die Berliner Rundschau sprach mit ihm:

Herr Prof. Piepenbrock, Sie haben sich mit Ihrer Plakataktion persönlicher als jeder andere Unternehmer in die öffentliche Diskussion anlässlich des Bush-Besuches eingebracht - warum?

Es war ein unerhörter Vorgang, dass mit der PDS nun erstmals eine den Senat von Berlin tragende Partei zu einer durch den Wortlaut des Demonstrationsauftrufes ganz eindeutig antiamerikanischen Protestveranstaltung mit aufgerufen hat. Auch wenn die Amerikaner dies sehr diplomatisch übergangen haben, hat dies dem Ansehen von Berlin mit Sicherheit geschadet.

Die Organisatoren der Demonstration haben sich auf das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit berufen. Ist ein schlechter Demokrat, weder PDS dieses Grundrecht nehmen wollte?

Es ist richtig, Demonstrationsfreiheit ist eines der höchsten Güter in einer Demokratie. Allerdings soll hiermit vor allem den einfachen Bürgern ohne Zugriff auf staatliche Organe und parlamentarische Mitwirkungsmöglichkeiten eine Möglichkeit gegeben werden, sich meinungsbildend in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Demonstrationen von Regierungsparteien sind grundsätzlich mehr als ungewöhnlich, da Regierungen viele andere Möglichkeiten haben, ihre Programme und Ziele in die Öffentlichkeit zu transportieren oder sogar entsprechend zu handeln. Die PDS muss sich aber vor-

halten lassen, dass sie sich in hohem Maße unehrlich verhalten hat, denn man kann nicht einen Gast willkommen heißen und gleichzeitig gegen ihn demonstrieren.



Prof. Hartwig Piepenbrock

Wie beurteilen Sie das Außenbild der Berliner Landesregierung nach den ersten Monaten?

Als Unternehmer muss ich die parlamentarischen Mehrheiten und den Wählerwillen akzeptieren und jeder Regierung eine Chance geben. Es scheint sich jedoch herauszustellen, dass diejenigen, die der PDS ihre Reife für eine Regierungsbeteiligung in Berlin von Anfang an abgesprochen haben, nun Recht behalten, denn was sich diese Partei an Janusköpfigkeit geleistet hat - Abgabe staatstragender Erklärung im Abgeordnetenhaus und gleichzeitig Mobilisierung linker Oppositionsgruppen - hätte ich nicht für möglich gehalten.

War die Plakataktion einmalig oder haben Sie ähnliche Pläne für die Zukunft?

Die Plakataktion war eine einmalige Angelegenheit. Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe von Unternehmen sich in die politischen Abläufe einzumischen. Dafür gibt es die Bühne des Parlaments, wo der Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition erfolgen muss. Nur in besonderen Situationen, wenn wie hier das Image von Berlin Schaden zu nehmen droht, sind solche Aktionen angebracht. Im Übrigen hatte die Aktion „Welcome, Mr. President“ ja auch durch die Unterzeichner, zu denen auch Mitglieder der SPD und sogar ein sozialdemokratischer ehemaliger Regierender Bürgermeister gehören, eindeutig überparteilichen Charakter.

## Frau General im Landesverband

Keine 36 Stunden nach Ihrer Wahl sitzt die neue Generalsekretärin des Landesverbandes Berlin, Verena Butalikakis, bereits an ih-

rem „Generalstisch“ in der Landesgeschäftsstelle. Der „Chefsessel“ ist ihr nicht unbekannt. Bereits vor Monaten hat sie in diesem Zimmer viele Stunden zugebracht und damals noch als Mitglied des Landesvorstandes federführend am Wahlprogramm der Berliner Union gefeilt.

Der Tatsache, dass sie die erste Frau auf dem Posten des Generalsekretärs in einem CDU-Landesverband ist, kann sie nichts Spektakuläres abgewinnen, wohl wissend, welche Arbeit in den kommenden Monaten auf sie zukommen wird. Schließlich hat Christoph Stölzl auf dem Landesparteitag seine Erwartungen an die neue Generalsekretärin klar definiert. Und wer Verena Butalikakis ein wenig kennt, weiß, dass ihr es nicht schwer fallen dürfte, integrierend zu wirken und die Programmarbeit in der Partei den Erfordernissen der Zeit entsprechend voran zu bringen.

Bei den kommenden Wahlen kandidiert die gebürtige Berlinerin als Direktkandidatin für den Bezirk Neu-

kölln. Aus ihrer Liebe zu ihrem Kiez am Neuköllner Herrfurthplatz macht sie keinen Hehl. Dort sind ihre Wurzeln, dort fühlen sie und ihr griechischer Ehemann sich seit über 20 Jahren wohl.

Mit Verena Butalikakis ins Gespräch zu kommen ist nicht schwierig. Sie ist erfahren im Umgang mit Menschen, kann zuhören. Ihre Antworten sind präzise. Selbst wenn zwischen durch das Telefon klingelt, oder jemand unangemeldet den Kopf durch die Tür steckt, lässt sie sich nicht aus der Ruhe bringen. Ihr Rezept ist offensichtlich: es heißt zuhören, im Gespräch das Für und Wider abwägen, Neues erproben.

Der gelernten Lehrerein und Mutter zweier Söhne liegen naturgemäß Familie, Schule, Bildung und die Unterstützung junger Leute bei der Suche nach Orientierung fürs Leben besonders am Herzen. Als Staatssekretärin für Soziales und Stadträtin für Gesundheit und Umwelt ist sie mit der ganzen Bandbreite der Anliegen und Alltagsorgen der Menschen hautnah vertraut.

Im Gespräch mit ihr wird deutlich, dass sie sich über die auf sie zukommenden Probleme im Klaren ist. „Wir haben in Berlin etwa 16 000 Mitglieder, jeder hat seine

Biografie, seine ureigensten Zielvorstellungen. Die damit für die Partei vorhandenen Potenziale müssen gebündelt und in konkreter Parteilarbeit ihren Ausdruck finden“, gibt sie zu bedenken.

Keine Frage, die Generalsekretärin ist um ihren ehrenamtlichen Job nicht zu beneiden. Nach der Niederlage bei der letzten Abgeordnetenhauswahl, dem Gang in die Opposition steht der Aufbruch in ein neues Zeitalter der Parteilarbeit an. Das erfordert neue Arbeitsstrukturen im Landesvorstand, Foren und kleinen Arbeitskreisen, in denen auch Nicht-CDU-Mitglieder ihr Gewicht in eine christdemokratische Parteilarbeit einbringen können, eine möglichst viele Bürger ansprechende Arbeitsweise in den Kreisverbänden bis runter zu den Büros in den Bezirken. Verena Butalikakis versteht sich nicht zuletzt auch als Koordinatorin und Mittlerin zwischen den Kreisverbänden.

Doch der Generalsekretärin geht es noch um mehr: Sie möchte die CDU zu einer offenen, für die Mehrzahl der Berlinerinnen und Berliner interessanten Partei entwickeln helfen. Und da ist sie ganz pragmatisch. „Zentrale Problemfelder wie zum Beispiel Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Erziehung brauchen wieder Visionen, Ideen. Wir müssen mit den Menschen nach machbaren Lösungen suchen“, erklärt sie kurz und knapp. Dazu sollen in den kommenden Monaten die Weichen gestellt werden.

Peter Kamphausen